

Doppelschlag gegen Grossfusionen

Gleich zweifach gegen Grossfusionen: Das Komitee gegen Gross-Luzern sammelt Unterschriften für ein Referendum und eine Initiative.

Bei grösseren Fusionen soll der ganze Kanton mitreden können – dies ist das Hauptanliegen der beiden Volksbegehren, die das Komitee gegen Gross-Luzern nun lanciert. Sie richten sich gegen zwei Änderungen, die mit der neuen Kantonsverfassung in Kraft getreten sind: So ist gegen Fusionen kein kantonales Referendum mehr möglich – sie werden durch einen einfachen Beschluss des Kantonsrats abgesegnet. Früher brauchte es für jede Fusion ein eigenes (referendumsfähiges) Gesetz. Zudem sieht die Kantonsverfassung die Möglichkeit von Zwangsfusionen vor, wenn auch mit starken Einschränkungen: nämlich nur auf Antrag einer Gemeinde und «sofern eine wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung dies erfordert».

Dass das Komitee gegen Gross-Luzern nun gleich ein Referendum und eine Initiative lanciert, hat praktische

Gründe. Der Kantonsrat hat letzte Woche gesetzliche Anpassungen an die neue Verfassung beschlossen – in Bezug auf die Fusionen wurde dabei das Gemeindegesetz geändert: Dagegen richtet sich das Referendum (in den nächsten 60 Tagen braucht es dafür 3000 Unterschriften). Gleichzeitig soll mit der Initiative (5000 Unterschriften in einem Jahr) die Verfassung geändert werden. Neu soll es bei Fusionen obligatorisch eine kantonale Abstimmung geben, wenn mehr als 10 000 Personen in den betroffenen Gemeinden leben oder wenn sie mit einem Kantonswechsel verbunden sind.

Beim SVP-nahen Komitee gegen Gross-Luzern beteiligen sich auch Vertreter von CVP, FDP und CHance21. In erster Linie gehe es darum, «die Volksrechte zu stärken», sagte Komiteesekretär Anian Liebrand gestern

vor den Medien. Die Aktivitäten richten sich aber auch generell gegen die Strategie des Kantons, die Zentren Luzern und Sursee mit Fusionen zu stärken. Und auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Gebietsreform mit der Neueinteilung in drei Regionen.



«Wenn die Zentren gestärkt werden, verliert die Landschaft an Bedeutung.»

GODY STUDER, ESCHOLZMATT, GEMEINDEPRÄSIDENT

«Dann ist bald Meggen dran»

«Wenn die Zentren gestärkt werden, verliert die Landschaft automatisch an Bedeutung», erklärte Gody Studer (CVP), Komiteemitglied und Gemeindepresident von Escholzmatt. Und Erhard Scherer (FDP), alt Gemeindepresident von Meggen, fürchtet um die Eigenständigkeit seiner Gemeinde:

«Wenn Gross-Luzern einmal zu Stande kommt, ist bald auch Meggen dran. Den Artikel mit den Zwangsfusionen gibt es doch nicht umsonst.» **BEAT VOGT**